

1. Politik

Sachverhalt

Kein Interesse? Politik ist für Sie kein Thema? Dann ist Ihnen egal ...
 ... wie viel Steuern Sie bezahlen?
 ... ob oder wie Sie Militärdienst leisten müssen?
 ... ob Sie Arbeit finden?
 ... wie viel Sie für Ihr SBB-Billett bezahlen müssen?
 ... wie Sie Ihr Auto benutzen dürfen?
 Tatsächlich kein Interesse?

Sie alleine können die Welt nicht verändern, aber in einem demokratischen Rechtsstaat haben Sie zumindest die Möglichkeit, Ihre Interessen einzubringen und andere von Ihren Ideen und Gedanken zu überzeugen. Spätestens jetzt politisieren Sie.

Sie können sich auch einer Organisation anschliessen, welche Ihre Interessen wahrnimmt, ohne dass Sie dabei selber aktiv ins Politgeschehen eingreifen müssen. Es empfiehlt sich allerdings, die Werte und Ideale dieser Organisationen gut zu studieren, bevor man sich Ihren ► **Parolen** anschliesst, denn nicht selten erweisen sich ihre Versprechen als blosse Werbung.

Nach dem Studium des Kapitels können Sie

- Politik als Macht der Interessen erkennen.
- den Begriff Politik beschreiben und verstehen.
- Ansprüche und Leistungen des Staates erläutern.

- politische Entscheidungsträger nennen.

- politische Grundhaltungen («Links-Rechts»-Schema) beschreiben.
- parteipolitische Aussagen unterscheiden und mit den eigenen Wertvorstellungen vergleichen.
- die Funktion und die politische Einflussnahme der Verbände erkennen.



Inhalt

1.1 Politik – Macht der Interessen	8
1.2 Ansprüche und Leistungen	9
1.3 Politische Entscheidungsträger <i>Parteien, Grundhaltungen, Verbände, NGOs</i>	10
Checkpoint	16

1.1 Politik – Macht der Interessen

Die Politik als umfassender Begriff befasst sich mit der Gestaltung und Organisation unserer Gesellschaft und stellt eine ständige Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Interessen, einen dauernden Machtkampf verschiedenster Gruppierungen oder Organisationen dar. In jedem Land gibt es mächtige und weniger mächtige Menschen, Gruppierungen oder Organisationen, welche versuchen, das öffentliche Leben nach ihren Interessen, Ideen, Werten (S. 95) oder Vorstellungen zu gestalten.

In der Politik geht es um Interessen. Soll z.B. der Benzinpreis gesenkt oder die Gentechnologie geför-

dert, die Ladenöffnungszeiten verlängert oder die Steuern gesenkt werden? Die Durchsetzung dieser Anliegen ist Aufgabe der Politik.

In der Politik geht es um Macht. Sie ist überall dort unvermeidlich, wo Interessen der Gemeinschaft gegen andere durchgesetzt werden.

Politik wird in der modernen Politikwissenschaft in drei Dimensionen definiert: Form, Inhalt und Prozesse der Politik. Es gibt also drei Wirkungsfelder des Politischen: politics – polity – policy. Die englischen Begriffe haben sich dabei durchgesetzt.



Politics

Politik als Prozess: Politics bezeichnet die Durchsetzung der Interessen und damit den politischen Kampf.

Politics betrachtet das Ringen der politischen Akteure zu einem Thema. Beispielsweise Gewerkschaften und Arbeitgeber versuchen, das Arbeitsgesetz nach ihrem Geschmack zu ändern. Weitere Akteure sind die Parteien. Auch kann jeder Bürger und jede Bürgerin durch Aktionen Politics betreiben.

Die Durchsetzung der Interessen kann friedlich oder mit Gewalt geschehen. In der Politik werden in der Regel Entscheidungen von der Mehrheit auf Grund stichhaltiger Argumente errungen. Oft bilden dabei ► **Kompromisse** die Lösung, denn Politik entfaltet sich im Dialog und ist letztlich ein Ausgleich von Interessen. Versagt dieser Entscheidungsprozess, bleibt als letztes Mittel der Politik oft nur noch die Gewalt, wie z. B. Geiselnahmen, Terrorismus oder sogar Kriege, (z. B. Nato-Einsatz in Kosovo, Krieg in Tschetschenien).

Gewalt ist in einem Rechtsstaat nicht statthaft, um Interessenkonflikte zu lösen. Nur der Staat hat das Recht, im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger selber Gewalt anzuwenden (z. B. Polizei- und Armeeeinsatz, Terrorbekämpfung).



Polity

Politik als Form: Polity bezeichnet das politisch-institutionelle System, Grundlagen und Strukturen (Verfassung, Rechtsordnung usw.)

Polity untersucht die Politik nach dem Gesichtspunkte, wie sich eine Gesellschaft politisch organisiert. Beispielsweise werden verschiedene Demokratien und Wahlsysteme miteinander verglichen.



Policy

Politik als Inhalt: Policy bezeichnet das aktive Handeln des Staates.

Policy meint die Politik, die vor allem vom Staat gemacht wird (z. B. Landwirtschaftspolitik, Sozialpolitik). Es geht dabei um die Ausführung nach zuvor beschlossenen Gesetzen. Die Policy-Forschung untersucht beispielsweise, wie wirksam diese Politiken des Staates sind.

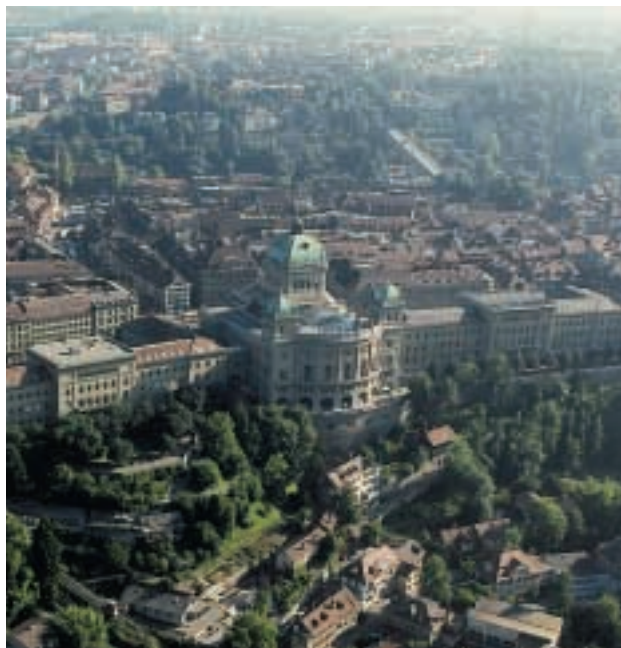
In einer ► **pluralistischen**, d.h. vielfältigen Gesellschaft ist es nicht leicht, Mehrheiten zu finden. Um bestimmte Interessen erfolgreich durchsetzen zu können, müssen diese eine Mehrheit der Bevölkerung überzeugen können. Damit solche Mehrheiten zustande kommen, schliessen sich Leute mit ähnlichen Inter-

sen und Vorstellungen zu Interessengruppen (Partei, Verband, Verein) zusammen (S. 10 ff.).

Auch der Staat als solches oder internationale Interessengemeinschaften wie z.B. Greenpeace (S. 75) betreiben Politik und versuchen, ihre Interessen innerhalb der Weltgemeinschaft wahrzunehmen.

1.2 Ansprüche und Leistungen

Meist verbindet man mit dem Begriff Staat unbestimmte negative Gefühle: Der Staat macht uns Vorschriften, die bis weit ins Private hineinreichen (Schulpflicht, Eherecht usw.), verlangt uns Leistungen ab (Steuern, Militärdienst), verteuert den Preis von an sich billigen Produkten (Benzin), beschränkt unsere Freiheiten auf vielfältige Weise (Tempolimiten, Passkontrollen), regelt die Arbeitszeiten oder überwacht und kontrolliert das tägliche Leben (Polizei).



Doch der Staat gibt auch viel. Er sorgt u.a. für Ordnung und Sicherheit, garantiert die Rechte seiner Bürgerinnen und Bürger und behauptet seine Unabhängigkeit gegen aussen.

Der heutige Staat wird zunehmend zu einem **Leistungsstaat** mit vielfältigen Aufgaben. Er soll für Vollbeschäftigung sorgen, Wirtschaftskrisen verhindern, gefährdete Wirtschaftszweige fördern, sich um die Pflege der Kranken und Alten kümmern, Jugendliche betreuen und beraten, Bildung und Ausbildung fördern, Spitäler und Verkehrswege bauen, die Natur schützen und bei Katastrophen helfen usw.

Dauernd wird der Staat mit neuen **Herausforderungen konfrontiert**. Diese können von innen kommen (Bedürfnisse, Forderungen von einzelnen Bevölkerungsgruppen) oder von aussen an den Staat herangetragen werden (Globalisierung, Umweltgefahren, Seuchen, Migration, Krieg; S. 67).

Längst sind nicht mehr alle bereit, den Preis zu zahlen, den solche Leistungen kosten. Für viele Bürgerinnen und Bürger hat die Steuerbelastung die obere Schmerzgrenze erreicht. Besonders umstritten ist die Frage, wie weit der Staat ► **sozial** ausgleichend wirken soll (S. 124). Die wirtschaftlich Starken haben nicht die gleichen Interessen wie die sozial Benachteiligten. Deshalb bleibt die Diskussion darüber, was durch den Staat geregelt werden soll, ein dauerndes Thema politischer Auseinandersetzung. Wer mitreden will, muss die Möglichkeiten und die Mittel des Staates, seine Organisation, sein Funktionieren und seine Leistungsfähigkeit kennen.

«Unsere Frage sollte nicht «mehr oder weniger Staat sein, sondern wie wir einen qualitativ «besseren» Staat erreichen können.» Otto Stich, Bundesrat 1984–1995.



► sozial

Die Gemeinschaft, die Gesellschaft betreffend; auch an die anderen (die Schwächeren in unserer Gesellschaft) denken, gemeinnützig, wohlätig sein

► Parole

Wahlspruch; wird von den Par-

teien bei Abstimmungen und Wahlen herausgegeben zur Meinungsbildung der Bevölkerung

► Kompromiss

Lösung eines Problems auf der Grundlage von gegenseitigen Zugeständnissen

► Pluralismus, pluralistisch

Vielgestaltig, vielfältig
z. B. Schweiz: verschiedene geografische Gegebenheiten (Jura, Mittelland, Alpen), 26 verschiedene Kantone, 4 Sprachregionen, viele Parteien, verschiedene Bevölkerungsschichten usw.

siehe auch:

<i>Wirtschaftspolitik</i> . . .	159 ff.
<i>Staatspolitik</i>	77
<i>Sozialpolitik</i>	88
<i>Steuerpolitik</i>	164
<i>Globalisierung</i>	150
<i>Migration</i>	152
<i>Infrastruktur</i>	111
<i>Finanzpolitik</i>	162

1.3 Politische Entscheidungsträger

In einem demokratischen Staat nehmen viele Interessenten am Entscheidungsprozess teil. Nebst dem ► **Parlament** beteiligen sich die Regierung, die Verwaltung, die politischen Parteien, die ► **Verbände** und ► **Gewerkschaften**, sowie weitere Interessenorganisationen, so genannte NGO (S. 15), am Entscheidungsprozess.

Parteien (am Beispiel der Schweiz)



Parteien sind politische Vereine (→ Glossar) und bedeutende Träger politischer Interessen. Sie nehmen grossen Einfluss auf wichtige Bereiche des öffentlichen Lebens, auf allen Ebenen. Parteien versuchen Bürgerinnen und Bürger zum politischen Meinungsbildungsprozess anzuregen, sie von ihren Vorstellungen und Idealen zu überzeugen und zu politischen Entscheiden zu mobilisieren. In demokratischen Staaten geschieht dies vor allem durch die aktive Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen oder durch öffentliche Stellungnahmen und Parolen. Parteien übernehmen die politische Verantwortung für staatliches Handeln in Parlament und Regierung.

Grundhaltungen

Die Parteien stützen sich häufig auf eine bestimmte Weltanschauung oder ► **Ideologie**. Sie leiten daraus ein Parteiprogramm ab und formulieren dazu ihre politischen Ziele und Forderungen. In einer ► **multikulturellen**, pluralistischen Gesellschaft gibt es eine grosse Anzahl von Parteien. In den meisten demokratischen Staaten lassen sich aber grundsätzlich zwei Grundhaltungen ausmachen, die so genannte Linke und die Rechte.

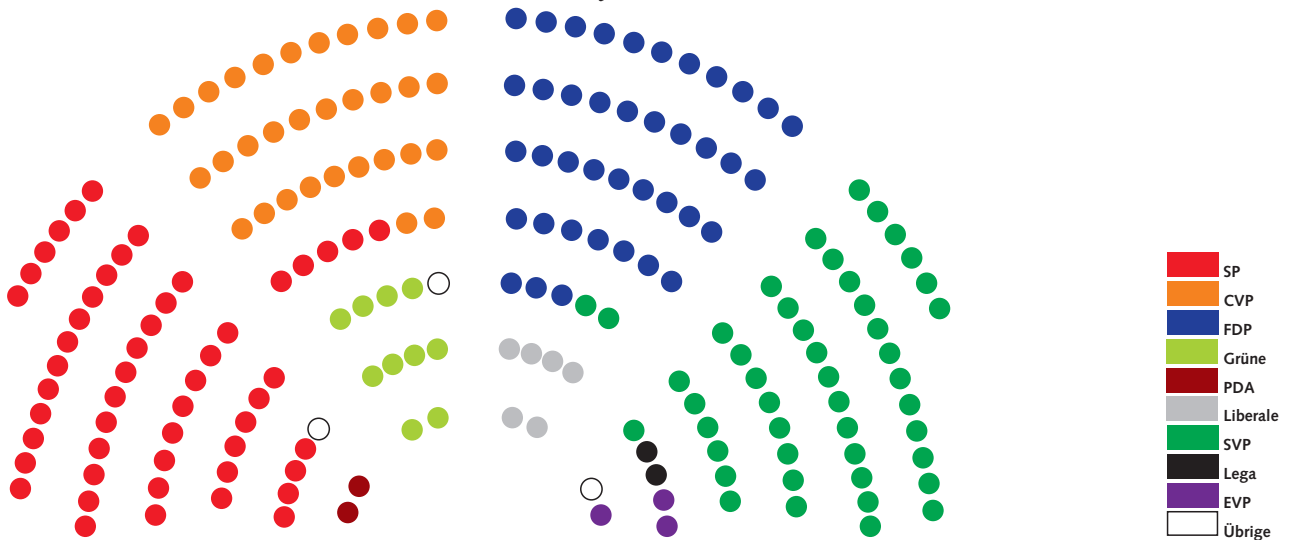
Das Links-Rechts-Schema

Links	Rechts
sozial	bürgerlich
sich für Benachteiligte und Schwächere unserer Gesellschaft einsetzen	► sich auf die persönliche Freiheit und Selbstverantwortung berufen (= liberales Gedankengut)
vermehrte staatliche Hilfen und Eingriffe	► möglichst wenig staatliche Eingriffe
► progressiv : gesellschaftliche Neuerungen fördernd	► konservativ: an der bestehenden Gesellschaftsordnung festhaltend, traditionell
eine sozial-marktwirtschaftliche Ordnung, mit Betonung auf sozial	► eine sozial-marktwirtschaftliche Ordnung vertretend, mit Betonung auf marktwirtschaftlich
vorwiegend Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertretend	► die Interessen der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber vertretend
die militärischen Ausgaben zugunsten der Umwelt und höherer Sozialausgaben kürzen	► für eine starke Landesverteidigung mit einer gut ausgerüsteten Armee
grenzüberschreitend, international ausgerichtet	► auf den Nationalstaat ausgerichtet, Pflege des nationalen Gedankenguts

Als Orientierungshilfe ist das Links-Rechts-Schema nützlich. Bei konkreten Sachfragen jedoch verwischen sich die Grenzen. Es ist denkbar, dass so genannt rechte Politikerinnen und Politiker auch Ansichten der Linken teilen oder umgekehrt. Zum Beispiel sind heute der Umweltschutz oder die Gleichstellung von Mann und Frau Anliegen, die nicht nur Linke, sondern auch zahlreiche Bürgerliche vertreten.

Das Parteienspektrum der Schweiz

Parteienstärke auf Grund der Nationalratswahlen im Jahr 1999



Parteienstärke 1999 und 2003 im National- bzw. Ständerat	1999			2003		
	Wähleranteil in %	Sitze im Nationalrat	Sitze im Ständerat	Wähleranteil in %	Sitze im Nationalrat	Sitze im Ständerat
Sozialdemokratische Partei (SP)	22.5	51	6			
Schweizerische Volkspartei (SVP)	22.5	45	7			
Freisinnig-Demokratische Partei (FDP)	19.9	42	18			
Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)	15.9	35	15			
Grüne Partei (GP)	5.0	8				
Liberale Partei der Schweiz (LPS)	2.3	6				
Evangelische Volkspartei (EVP)	1.8	3				
Partei der Arbeit (PdA)	1.0	3				
Lega dei Ticinesi	0.9	2				
Schweizer Demokraten (SD)	1.8	1				
Landesring der Unabhängigen (LdU)	0.7	1				
Eidgenössische Demokratische Union (EDU)	1.3	1				
Grünes Bündnis (GB)	0.1	1				
Christlich-Soziale Partei (CSP)	0.4	1				
Übrige	3.9					
Total	100.0	200	46	100	200	46

= Regierungsparteien: Die schweizerische Regierung – der Bundesrat – setzt sich nur aus Mitgliedern dieser 4 Parteien zusammen. Diese Aufteilung bezeichnet man als **«Zauberformel»**. Sie lautet: 2 SP + 2 CVP + 2 FDP + 1 SVP. (S. 42)

► **progressiv**
fortschrittlich, Gegensatz zu konservativ

► **multikulturell**
Verschiedene Kulturen, welche z. B. in einem Staat zusammenleben.

► **Parlament**
Gesetzgebende Gewalt in einer Demokratie.

z. B. Schweiz: National- und Ständerat auf Bundesebene

► **Gewerkschaft**
Anderes Wort für Verband von Arbeitnehmern

► **Verband**
Zusammenschluss von Personen, um eng begrenzte Interessengebiete z. B. in der Wirtschaft oder im öffentlichen

Leben zu vertreten, z. B. Arbeitgeberverband (Gewerbeverband), Arbeitnehmerverband (Gewerkschaftsbund), Mieterverband

► **Ideologie**
Weltanschauung einer sozialen Gruppe, welche dieselben Werte vertritt (z. B. Nationalsozialismus in Deutschland unter Hitler).





siehe auch:

Regierung	42
Bundesverwaltung	43
soziale Marktwirtschaft	124
Zauberformel	38

Regierungsparteien





Die folgenden vier Parteien haben im National- und Ständerat die meisten Mitglieder. Sie stellen deshalb nach der «Zauberformel» (2 SP / 2 FDP / 2 CVP /

1 SVP) die Bundesratsmitglieder und bestimmen mit ihrem politischen Gewicht mehrheitlich die politische Richtung in der Schweiz

	SP	FDP	CVP	SVP
Name/ Gründungsjahr	Sozialdemokratische Partei (1888)	Freisinnig-Demokratische Partei (1894)	Christlichdemokratische Volkspartei (1912)	Schweizerische Volkspartei (1936)
Internetadresse	www.sp-ps.ch	www.fdp.ch	www.cvp.ch	www.svp.ch
				
Partei vertritt hauptsächlich	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeiterschaft, Angestellte, Staatsangestellte • aus allen Einkommensschichten • Leute mit nicht bürgerlichen, sozialistischen, progressiven Interessen 	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitgeber, Kaderleute, Angestellte, Staatsangestellte • eher besser verdienende Einkommensschichten • Leute mit bürgerlichen Interessen (z. B. Privateigentum, Sicherheit, Freiheit) 	<ul style="list-style-type: none"> • breit abgestützte Wählerschaft, z. B. Arbeitnehmer, Bauern • vorwiegend Katholiken • Leute mit bürgerlichen Interessen 	<ul style="list-style-type: none"> • breit abgestützte Wählerschaft, z. B. Bauern und Bäuerinnen • Arbeiterschaft • Gewerbetreibende • besser verdienende Einkommensschichten • Leute mit bürgerlichen Interessen
Hauptziele und Anliegen	Mehr soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft	Freiheit und Selbstverantwortung für alle	Mensch und Familie als Zentrum der politischen Diskussion	Erhaltung einer neutralen und unabhängigen Schweiz
Sozialwerke	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung und Ausbau der Sozialwerke wie AHV, IV, ALV 	<ul style="list-style-type: none"> • Massvoller finanzieller Einsatz der Sozialwerke 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhaltung der Sozialwerke in ihrem heutigen Zustand 	<ul style="list-style-type: none"> • Erhaltung und Sicherung der Sozialwerke
Wirtschaftsordnung	<ul style="list-style-type: none"> • Soziale Marktwirtschaft mit ausgleichenden Staatseingriffen 	<ul style="list-style-type: none"> • Möglichst viele Freiheiten, insbesondere Wettbewerb auf dem Markt 	<ul style="list-style-type: none"> • Soziale und menschliche Marktwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Soziale, umweltverträgliche Marktwirtschaft
Steuern	<ul style="list-style-type: none"> • Gerechtere Verteilung der Einkommen und Besteuerung 	<ul style="list-style-type: none"> • Möglichst tiefe Steuerbelastung 	<ul style="list-style-type: none"> • Sanierung des Bundesdefizites, aber keine neuen Steuern 	<ul style="list-style-type: none"> • Sanierung des Bundeshaushaltes und markante Steuerreduktionen
EU-Integration	<ul style="list-style-type: none"> • Für sofortigen EU-Beitritt der Schweiz 	<ul style="list-style-type: none"> • Für späteren EU-Beitritt der Schweiz 	<ul style="list-style-type: none"> • Für einen mittelfristigen EU-Beitritt 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein EU-Beitritt, bilaterale Abkommen genügen
UNO Umwelt	<ul style="list-style-type: none"> • Für UNO-Beitritt • Schonender Umgang mit natürlichen Ressourcen 	<ul style="list-style-type: none"> • Für UNO-Beitritt • Massvoller Umweltschutz innerhalb der Marktwirtschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Für UNO-Beitritt • Rücksichtnahme auf Natur, Wirtschaft soll den Menschen dienen 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein UNO-Beitritt, Schweiz soll neutral ihre Stärken ausspielen
Verteidigung	<ul style="list-style-type: none"> • Für eine kleinere Armee 	<ul style="list-style-type: none"> • Für eine starke Armee 	<ul style="list-style-type: none"> • Für eine starke Armee 	<ul style="list-style-type: none"> • Starke Armee ohne Auslandseinsätze
Drogenpolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Legalisierung des Konsums und Handels von weichen Drogen wie Hanf 	<ul style="list-style-type: none"> • Drogenkonsum im privaten Umfeld legalisieren 	<ul style="list-style-type: none"> • Vorsichtige Legalisierung des Konsums von weichen Drogen 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Legalisierung von weichen Drogen, restriktive Drogenpolitik

Nichtregierungsparteien

Die folgenden Parteien sind nur im Nationalrat vertreten. Sie stellen auch keine Vertreterinnen und Vertreter in den Bundesrat.

Name/ Gründungsjahr Internetadresse	Grüne	LPS	EVP	PdA
	Grüne Partei der Schweiz (1983) www.gruene.ch	Libérale Partei der Schweiz (1913) www.liberal.ch	Evangelische Volkspartei (1919) www.evp-pev.ch	Partei der Arbeit (1920) www.pda.ch
				
Partei vertritt hauptsächlich	<ul style="list-style-type: none"> Eher junge, gebildete und mobile Leute mit Umweltbewusstsein Vor allem in Städten aktiv Hoher Frauenanteil 	<ul style="list-style-type: none"> Unternehmer, höhere Kaderangestellte Vor allem aktiv in Basel und in der Westschweiz 	<ul style="list-style-type: none"> Protestantische Wählerschaft Leute mit religiösem Gedankengut der evangelischen Kirche Aktiv in protestantischen Regionen der Deutschschweiz, z. B. ZH, SO, TG 	<ul style="list-style-type: none"> Arbeiterschaft Leute mit marxistisch-leninistischem Gedankengut Vor allem in der Westschweiz angesiedelt
Hauptziele und Anliegen	<ul style="list-style-type: none"> Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen durch gezieltes ökologisches Handeln (z. B. umweltgerechte Verkehrspolitik durch Umlagerung des Schwerverkehrs auf die Schiene, Verteuerung der Energiepreise, Bio-Landbau, Stilllegung der Atomkraftwerke) Ausbau der Sozialwerke Für sofortigen EU-Beitritt Für UNO-Beitritt Für Legalisierung aller Drogen, z. T. kontrolliert 	<ul style="list-style-type: none"> Ähnliche Ziele wie die FDP, jedoch grössere Betonung von Werten wie individuelle Freiheit und Verantwortung Möglichst wenig staatliche Eingriffe Für sofortigen EU-Beitritt Für UNO-Beitritt 	<ul style="list-style-type: none"> Die Bibel bestimmt das politische Handeln Schutz des menschlichen Lebens in allen Bereichen Der Staat muss sich vor allem um das Wohl des Menschen kümmern, z. B. Arbeit geben Für späteren EU-Beitritt, aber vorerst Wirkungen der bilateralen Abkommen beobachten Für UNO-Beitritt 	<ul style="list-style-type: none"> Ähnliche Ziele wie die SP, jedoch radikalere Forderungen, vor allem im sozialen Bereich Bedürfnisse der Menschen sollen vor Gewinnerorientierung der Wirtschaft stehen Die Natur soll nachhaltig geschützt werden Ausbau der Sozialwerke Für sofortigen EU-Beitritt Für UNO-Beitritt

Neben den oben aufgeführten Parteien sind im Nationalrat noch folgende kleinere Parteien vertreten: **SD** (Schweizer Demokraten/seit 1961), **CSP** (Christlich-Soziale Partei/seit 1970), **EDU** (Eidgenössisch-Demokratische Union/seit 1975), **Legha dei Ticinesi** (seit 1991).






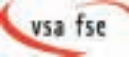
► **Marxistisch-leninistisch**
Kommunistische Lehre nach Wladimir Iljitsch Lenin und Karl Marx. Kernstück ist die Kritik am kapitalistischen Gesell-

schaftssystem. Ziel ist die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, d.h. das Privateigentum soll abgeschafft und die Produktionsgüter (Boden,

Kapital S. 106) sollen verstaatlicht werden; Fabriken und Maschinen z.B. gehören dem Staat, ebenso der Gewinn.

Verbände

Ein Verband ist eine Zweckvereinigung, der die Interessen bestimmter Wirtschaftszweige (z. B. Bauernverband, Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen) oder Teilinteressen des öffentlichen Lebens (z. B. Konsumenten/Konsumentinnen, Mieter/Mieterinnen) wahrnimmt und nach aussen vertritt. Die Wirtschaft vereint in der Regel so genannte Dachverbänden, ähnliche Berufsgruppen oder Branchen (z. B. Dachverband des Schweizerischen Gewerbeverbandes).

Man unterscheidet	Beispiel		
<p>Arbeitgeberverbände Sie vertreten die Interessen der Arbeitgeber bzw. der Unternehmen und des Gewerbes.</p>	<p>Verband der Schweizer Unternehmer, economiesuisse</p> 	<p>Schweiz. Gewerbeverband (SGV)</p> 	<p>Schweiz. Bauernverband (SBV)</p> 
<p>Arbeitnehmerverbände (Gewerkschaften) Sie vertreten die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. der Angestellten in der öffentlichen Verwaltung.</p>	<p>Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB)</p> 	<p>Schweiz. Christlich-nationaler Gewerkschaftsbund (CNG)</p> 	<p>Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände (VSA)</p> 
<p>Übrige Interessenorganisationen Sie vertreten Teilbereiche des öffentlichen Lebens.</p>	<p>Verkehr Automobilverbände wie z. B. TCS, ACS, VCS Schweizerischer Nutzfahrzeugverband (ASTAG)</p>	<p>Konsum Schweiz. Konsumentenbund (SKB) Stiftung für Konsumentenschutz (SKS)</p>	
	<p>Umwelt WWF Schweiz, Greenpeace Schweiz, CCC (Clean clothes campaign)</p>	<p>Aussenpolitik Aktion für eine neutrale und unabhängige Schweiz (AUNS) Schweizerische Flüchtlingshilfe</p>	
	<p>Wohnen Schweiz. Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz. Hauseigentümergeverband</p>	<p>Frauen Bund Schweizerischer Frauenorganisationen</p>	

Ziel und Zweck

Verbände unterstützen ihre Mitgliederinnen und Mitglieder (z. B. Beratung, gegenseitige Information, Weiterbildung, berufliche Hilfeleistungen) und vertreten ihre Interessen gegen aussen (z. B. Rechte am Arbeitsplatz, Lohnverhandlungen).

Politische Funktion

Verbände haben auf politische Entscheide grossen Einfluss. Gründe dafür sind ihre hohe Mitgliederzahl, ihre grosse Finanzkraft und ihre ausgeprägte Organisationsstruktur.

Sie lancieren und unterstützen ► **Initiativen** und ► **Referenden** (S. 52f.) und geben regelmässig Abstimmungsparolen heraus. Die Verbände beteiligen sich aber nicht direkt an politischen Wahlen und Abstimmungen.

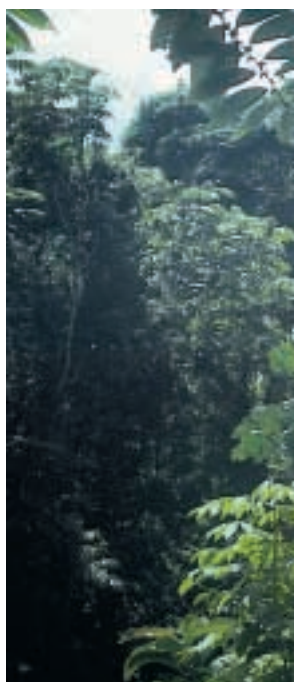
Die meisten Verbände in der Schweiz haben sehr enge Kontakte mit einer oder mehreren Parteien und beeinflussen deren politisches Handeln z. T. sehr stark. Meist sind ihre Spitzenvertreter auch im National- oder Ständerat vertreten. Sie nehmen in dieser Funktion die Interessen ihrer Verbände wahr. Man nennt diese Interessengruppierungen Lobby (z. B. Bauern-Lobby, Ärzte-Lobby, Umwelt-Lobby, Banken-Lobby, Bau-Lobby usw.).

Die Verbände in der Schweiz haben bereits bei der Vorbereitung von Gesetzen Einfluss. Bei ► **Vernehmlassungen** (S. 50) geben sie Stellungnahmen zu Handen des Bundesrates ab, und in den besonderen Kommissionen arbeiten Verbandsvertreter als Experten mit, z. B. in der Berufsbildung (Ausbildungsreglemente). Das Mitspracherecht der Verbände wird in der Bundesverfassung garantiert (BV Art. 147).

NGO (Non-Governmental Organizations)

www.ngo.org

NGOs (auf Deutsch Nichtregierungs-Organisationen oder Nichtstaatliche Organisationen) sind vom Staat unabhängige, international tätige Organisationen. Sie werden von privaten Gruppen (Parteien, Vereinen usw.) oder Kirchen gegründet und getragen. Jede dieser NGO vertritt die Interessen eines speziellen Bereichs, z. B. Umwelt, Entwicklungszusammenarbeit, Frieden und Menschenrechte. Sie stellen bei internationalen Konferenzen zwar keine offiziellen politischen Vertretungen, ihnen ist aber seit dem Umweltgipfel von Rio (1992) erstmals auf höchster internationaler Ebene politische **► Legitimation** zuerkannt worden.



Beispiele von wichtigen in der Schweiz arbeitenden NGOs:

- Amnesty International (AI)
- Brot für alle
- Caritas Schweiz
- Erklärung von Bern (EvB)
- Europäisches Bürgerforum
- Fastenopfer, Katholisches Hilfswerk Schweiz
- Forest Stewardship Council (FSC)
- Frauenrat für Aussenpolitik
- Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
- Greenpeace Schweiz
- Helvetas
- Hilfswerk der evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS)
- Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
- Internationale Gesellschaft für Menschenrechte
- Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
- Médecins sans frontières (Ärzte ohne Grenzen)
- Naturfreunde Schweiz
- Schweizerisches Arbeiterinnen- und Arbeiterhilfswerk (SAH)
- Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund (SEK)
- Schweizerische Friedensbewegung (SFB)
- Schweizerische Friedensstiftung (SFS)
- Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz
- Schweizerische Liga für Menschenrechte
- Schweizerisches Rotes Kreuz
- Stiftung Kinderdorf Pestalozzi (SKIP)
- Stiftung Max Havelaar
- Swissaid
- Swisscontact
- Terre des hommes
- Union mondiale pour la nature (UICN)
- World Wildlife Fund for Nature (WWF)



Im Bereich der «Entwicklungszusammenarbeit und **► humanitären** Hilfe» besteht seit Jahren eine enge Zusammenarbeit zwischen den NGOs und der eidgenössischen

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA (S. 43) als Vertretung der Schweiz.

► Vernehmlassung
Möglichkeit der Stellungnahme von interessierten Gruppierungen zu einem Gesetzesvorschlag

► humanitär
wohltätig, menschenfreundlich

► Legitimation
Beglaubigung, rechtliche Anerkennung

► Initiative
Ein Volksrecht in der Schweiz. Möglichkeit des Volkes, in der Bundesverfassung einen neuen

Artikel hinzuzufügen oder einen Artikel zu ändern.

► Referendum
Ein Volksrecht in der Schweiz. Volksabstimmung über einen Beschluss des Parlaments

siehe auch:

Entwicklungszusammenarbeit	80
Aussenpolitik	78
Weltorganisationen	70ff.
Wirtschaftspolitik	159ff.
Initiative	53
Referendum	52



Checkpoint

Verständniskontrolle

1.1 Politik – Macht der Interessen

1. Womit befasst sich **Politik**?
2. Weshalb bezeichnet man **Politik als Macht der Interessen**?
3. Weshalb sollte sich jede/r Einzelne **mit politischen Themen auseinander setzen**?
4. Wie werden in Rechtsstaaten politische **Interessen durchgesetzt**?
5. In der Politik werden Lösungen meist durch **Kompromisse** gefunden. Was heisst das?
6. Nennen Sie Beispiele für **Pluralismus**?

1.2 Ansprüche und Leistungen

7. Nennen Sie drei **Leistungen** oder **Vorschriften**, welche der Staat von seinen Bürgerinnen und Bürgern verlangt.
8. Weshalb bezeichnet man heute moderne Staaten als **Leistungsstaat**?
9. Woher und in welcher Form treten neue **Herausforderungen** an einen Staat heran?

1.3 Politische Entscheidungsträger

10. Nennen Sie **wichtige politische Entscheidungsträger**.
11. Welche zwei generellen **Grundhaltungen** bei Parteien gibt es?
12. Was heisst a) **sozial**, b) **konservativ**, c) **progressiv**, d) **bürgerlich**?
13. Nennen Sie zwei typische **Grundhaltungen** für a) «**linkes**» Gedankengut, b) «**rechtes**» Gedankengut.
14. Wie heissen die 4 **Regierungsparteien** der Schweiz?
15. Beschreiben Sie in wenigen Stichworten die **Ziele und Hauptanliegen** der a) **SP**, b) **FDP**, c) **CVP**, d) **SVP**.
16. Wen vertritt die a) **SP**, b) **FDP**, c) **CVP**, d) **SVP** vorwiegend?
17. Wie heisst die **stärkste Nichtregierungspartei** der Schweiz?
18. Welche Interessen nehmen **Verbände** wahr?
19. Welche politische **Funktion** haben **Verbände**?
20. Wo überall können Verbände auf politische Entscheidungen **Einfluss** nehmen?
21. Weshalb sind **Verbände** auch dann mächtig, wenn ihre Vertreter weder im National- noch im Ständerat sind?
22. Was ist eine **Gewerkschaft**?
23. Was ist eine «**Lobby**»?
24. Was sind **NGOs**?
25. Nennen Sie 4 **bedeutende NGOs**.

Weiterführende Fragen und Vertiefungsarbeiten

26. Entwerfen Sie eine Collage, welche den **Pluralismus** in der Schweiz an verschiedenen Beispielen zeigt.
27. Entnehmen Sie der Tagespresse **Zeitungsartikel** zu aktuellen politischen Themen. Erstellen Sie eine Tabelle mit folgenden Unterteilungen: a) Was soll geändert, verbessert werden? b) Welche Interessengruppierung steht hinter den Vorschlägen? c) Welches sind die Argumente der Interessengruppierung? d) Nehmen Sie in 10–15 Sätzen persönlich dazu Stellung.
28. **Stellungnahmen der Parteien:** Informieren Sie sich im Internet oder erkundigen Sie sich bei den Parteizentralen über die Ansichten bezüglich aktueller politischer Fragen der wichtigsten Parteien. Stellen Sie die Ergebnisse tabellarisch dar und präsentieren Sie Ihre Ergebnisse der Klasse.
29. Erstellen Sie in Ihrer Gruppe selber ein **Parteiprogramm**. Nehmen Sie zu wichtigen aktuellen Problemen Stellung und erarbeiten Sie ein entsprechendes Argumentarium.
30. Stellen Sie **Partei und Verband** einander gegenüber. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede stellen Sie fest?
31. Stellen Sie eine wichtige **NGO** der Klasse vor (Name, Tätigkeitsfeld, Grundhaltungen, aktuelle Themen usw.).
32. Erklären Sie in eigenen Worten die **Abbildung** auf der ersten Seite dieses Kapitels.